

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/130
12. Juli 1976

Es geht gesichert aufwärts

Zwischenbilanz einer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik

Von Walter Arendt MdB
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und
Mitglied des Präsidiums der SPD

Seite 1 und 2 / 79 Zeilen

Abschied von Gustav Heinemann

Sein Name bleibt mit einer neuen Ära deutscher
Demokratie verbunden

Seite 3 und 4 / 55 Zeilen

Hier wurde eine Chance vertan

Kritische Anmerkungen zur Wahlerklärung des
Landeskomitees der Katholiken in Bayern

Von Dr. Peter Glotz MdB
Stellv. SPD-Landesvorsitzender Bayern und Parlamen-
tarischer Staatssekretär beim Bundesbildungsminister

Seite 5 / 41 Zeilen

CDU/CSU-Wahlbonbons für jedermann

Auch der Antrag zur Besteuerung von DDR-Lkw
nur Theater

Von Lothar Wrede MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Verkehr

Seite 6 und 7 / 49 Zeilen

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die CSU-Geheimakte Dr. Franz Heubl

Seite 8 bis 10 / 137 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 123 409
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 08 86 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Es geht gesichert aufwärts

Zwischenbilanz einer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik

Von Walter Arendt MdB

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und Mitglied des Präsidiums der SPD

Die Bundesregierung mußte mit der stärksten Weltwirtschaftsrezession nach dem Kriege fertig werden. Dies ist uns weitgehend gelungen. In der Bundesrepublik Deutschland ist der Aufschwung seit mehr als einem dreiviertel Jahr in vollem Gange. Dies ist uns nicht in den Schoß gefallen. Die Zwischenbilanz, die wir heute ziehen können, zeigt, wie erfolgreich dabei Globalsteuerung, Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik zusammengewirkt haben.

Die Globalsteuerung hat 1974/75 Maßnahmen im Umfang von über 30 Milliarden DM zur Belebung der Wirtschaft ergriffen. Die soziale Sicherung hat mit weiteren 50 Milliarden DM zur Stützung der Konjunktur beigetragen. Die Sozialpolitik hatte damit einen wesentlichen Anteil am wirtschaftlichen und sozialen Abfedern der Rezession und am neuen Aufschwung.

Die aktive Arbeitsmarktpolitik hat den Beschäftigungseinbruch abgefangen und die Arbeitslosigkeit in Grenzen halten können. Die wirkungsvollste arbeitsmarktpolitische Maßnahme war die offensive Kurzarbeitergeldregelung. Dadurch konnten z. B. 1975 mindestens 280 000 Arbeitsplätze erhalten werden. Ohne die Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung hätte es 1975 130 000 Arbeitsuchende mehr gegeben. Durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen konnten 40 000, durch Lohnkostenzuschüsse und Mobilitätszulagen über 100 000 weitere Arbeitsplätze besetzt werden.

Die 1971 von uns vorgeschlagene flexible Altersgrenze hatte zwar nicht die Entlastung des Arbeitsmarktes im Auge. Sie erhöhte den Freiheitspielraum der Versicherten. Sie hat aber auch den Arbeitsmarkt in der Rezession ganz wesentlich entlastet. Bis Ende 1975 hatten rund 420 000 Arbeitnehmer bereits von der flexiblen Altersgrenze Gebrauch gemacht. 420 000 Arbeitsplätze sind dadurch auf eine humane Weise frei geworden.

Die Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung durch Anwerbestopp und restriktive Handhabung des Arbeitserlaubnisverfahrens verbesserte die Beschäftigungschancen der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Der Anwerbestopp war Voraussetzung dafür, daß die Arbeitsmarktpolitik rasch zählbaren Erfolg aufweisen konnte. Es ist problematisch, solche Zahlen zu addieren. Bei aller Vorsicht können wir von einer Größenordnung von rund 900 000 erhaltenen, geschaffenen sowie verfügbar gemachten Arbeitsplätzen ausgehen. Diese Zahl allein macht schon die Wirksamkeit unserer Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik klar.

Diese Arbeitsmarktpolitik hat es - entgegen früheren Erfahrungen - ermöglicht, daß der Aufschwung schon jetzt am Arbeitsmarkt sichtbar

wird. Im ersten Halbjahr 1976 ist die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Rezessionshöchststand um über 700 000 vermindert. Die konjunkturellen Auftriebstanzen am Arbeitsmarkt haben sich auch im Juni deutlich fortgesetzt. Trotz der einsetzenden urlaubbefindlichen Sommerflaute ging die Arbeitslosenzahl weiter zurück. Noch aussagekräftiger ist der Rückgang der Leistungsempfänger um über 50 000. Denn, daß die Zahl der Arbeitsuchenden bei besserer Konjunktur steigt, weil die Menschen sich wieder Hoffnung auf einen Arbeitsplatz machen, damit muß gerechnet werden.

Der internationale Vergleich der Arbeitslosenzahlen bestätigt, daß die Bundesrepublik Deutschland eine Vorreiterrolle bei der Belebung der Weltkonjunktur innehat. Im EG-Raum hat nur Luxemburg eine niedrigere Arbeitslosenquote als die Bundesrepublik Deutschland. Nur zwei Staaten innerhalb der EG - Dänemark und die Bundesrepublik Deutschland - haben in den letzten 12 Monaten einen Rückgang der Arbeitslosigkeit erreicht. Die positive Arbeitsmarktentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland wird anhalten. Die jüngsten Konjunkturdaten lassen erkennen, daß sich der kräftige Wirtschaftsaufschwung auch 1977 fortsetzen wird. Der Abbau der Arbeitslosigkeit wird dabei fortschreiten. Das gilt gerade für die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen.

Vergegenwärtigt man sich die gewaltigen Dimensionen der Wandlungs- und Anpassungsprozesse auf dem deutschen Arbeitsmarkt seit 1950, so werden die Arbeitsmarktprobleme von 1976, die ich nicht verniedlichen will, auf ihr richtiges Maß reduziert. Seit 1950 wurden mehr als neun Millionen zusätzliche Arbeitsplätze im warenproduzierenden und Dienstleistungs-Gewerbe geschaffen. Die deutsche Volkswirtschaft konnte in der Vergangenheit die Auswirkungen des strukturellen Wandels gut auffangen, wie z. B. den Beschäftigungsrückgang in der Landwirtschaft um mehr als drei Millionen, die Freisetzungen in schrumpfenden Industriebranchen (im Kohlenbergbau allein eine Viertel Million Beschäftigte), Flüchtlinge, Heimkehrer und Gastarbeiter wurden relativ reibungslos eingegliedert.

Diese Rückschau verleitet uns keineswegs, die heutigen Arbeitsmarktprobleme zu unterschätzen und die Möglichkeiten der deutschen Volkswirtschaft zu überschätzen. Die Ausgangslage auf unserem Arbeitsmarkt ist nicht schlecht. Andere Länder beneiden uns darum. Die Erfolge der Konjunktur- und Arbeitsmarktpolitik sind nicht vom Himmel gefallen. Sie waren das Ergebnis zäher Arbeit und politischen Augenmaßes. Wir dürfen weder die Hände in den Schoß legen noch vor angeblich unlösbaren Problemen davonlaufen. Der Bürger kann sich darauf verlassen, daß wir auch nach dem Konjunkturaufschwung mit dem vorhandenen Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik - und wenn es sein muß nicht nur damit - das moralische Recht des Bürgers auf Arbeit verwirklichen werden. Dafür steht sozialdemokratische Politik. (-12.7.1976/mie/e/pr)

+ + +

Abschied von Gustav Heinemann

Sein Name bleibt mit einer neuen Ära deutscher Demokratie verbunden

Mit einem Staatsakt im Bundestag nahm am Montag die Bundesrepublik Deutschland Abschied von Altbundespräsident Gustav Heinemann. Sein politisches Wirken ist schon Bestandteil deutscher Nachkriegsgeschichte geworden. Der Name des dritten Bundespräsidenten, des ersten sozialdemokratischen, wird mit dem dauernden Auftrag verbunden bleiben, die Bundesrepublik als liberalen, demokratischen Sozialstaat weiter zu entwickeln und allen autoritären Anwendungen zu wehren.

Als Gustav Heinemann an die Spitze unseres Staates gewählt wurde, war die Bundesrepublik immerhin schon zwei Jahrzehnte alt, sie hatte Erfolge vorzuweisen, ihre innere Struktur war verfestigt, aber gleichwohl brach sein Amtsantritt Verkrustungen über der Fähigkeit, staatsbürgerlich zu empfinden, ja, er rief demokratischen Pioniergeist wach. Der Wind des Wandels wehte durch den Staat, die politische Wachablösung, die erste der Republik, kündigte sich an. Zu Recht nannte Gustav Heinemann seine Wahl "ein Stück Machtwechsel". Ohne das, was bis dahin in der zweiten deutschen Demokratie geleistet worden war, geringzuschätzen, konnte er begründet bei Amtsantritt feststellen: "Wir stehen erst am Anfang der ersten, wirklich freiheitlichen Periode unserer Geschichte."

Noch nicht so überaus erfahren im praktischen Umgang mit der Freiheit waren die Deutschen; und auch heute, sieben Jahre später, glauben manche noch, mit dem Begriff Freiheit taktieren und manipulieren zu können. Noch längst ist die Einsicht kein Allgemeinut, daß eine Gesellschaft nur in dem Maße wirklich frei sein kann, in dem sie bereit ist, ihre Minderheiten zu tolerieren.

Unermüdet setzte sich Heinemann dafür ein, daß deutsche Freiheits-

bewußtsein historisch zu untermauern, um ihm Tiefe und Festigkeit zu verleihen. Er rückte für breite Kreise der Bevölkerung die Komponente der Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte - vom Bauernkrieg bis zur 1848er Revolution - ins Blickfeld und trug damit wesentlich zu einem neuen Geschichtsbild bei, des weniger von den "klassischen" Bezugspunkten strahlender Held und geschlagene Schlachten als dem Ringen um Freiheit und soziale Gerechtigkeit bestimmt wird.

Zu seinem christlich-humanistischen Verständnis von Geschichte und Politik gehörte notwendig der Kampf gegen den Obrigkeitsstaat in all seinen Erscheinungsformen. Freiheit, soziale Gerechtigkeit und mündiges Bürgertum, das war für ihn das Fundament der Demokratie. In diesem Sinne forderte er Zivilcourage und versuchte, dem Bürger den Staat näher zu bringen. Insofern gewann auch die an sich etwas banale Titulierung "Bürgerpräsident", die man alsbald für ihn parat hielt, Bedeutung.

Der erste sozialdemokratische Bundespräsident verkörperte im In- und Ausland den Beginn einer neuen Ära deutscher Demokratie: der sozial-liberalen. Die Aufbruchstimmung in der Bevölkerung ist am Ende seiner Amtszeit angesichts weltweiter wirtschaftlicher Probleme nüchterner Sachbezogenheit gewichen. Aber die Fortschritte an innerer Demokratisierung und politischer Mündigkeit, der Zuwachs an humaner Solidarität und Gefühl für Freiheitlichkeit, die die westdeutsche Gesellschaft in jenem halben Jahrzehnt verzeichnen konnte, da Gustav Heinemann den Staat repräsentierte, sind in die politischen Normen dieser Republik eingegangen.

Demokratische Sensibilität ist indessen in keiner Gesellschaft bequemer, unangefochtener Besitz. Der demokratische freiheitliche Sozialstaat ist nie ein für allemal hergestellt, sondern immer bedroht und immer entwicklungsbedürftig. Gustav Heinemanns politisches Vermächtnis bleibt stets Verpflichtung.

Elaus Preller
(-/12.7.1976/va/a/pr)

Hier wurde eine Chance vertan

Kritische Anmerkungen zur Wählerklärung
des Landeskomitees der Katholiken in Bayern

Von Dr. Peter Glotz MdB

Stellv. SPD-Landesvorsitzender Bayern
und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbildungsminister

Dem Landeskomitee der Katholiken in Bayern liegt der Entwurf einer Erklärung zur Bundestagswahl vor, die Feststellungen und Fragen enthält, vor allem aber Fragen aufwirft. Die Kernfrage lautet, was die wahlberechtigten Bürger mit dem fünfseitigen Katalog von Unklarheiten, Unterstellungen und obrigkeitsorientierten Ansätzen eigentlich anfangen sollen. Leider hat das Landeskomitee es vollständig versäumt, den bayrischen Katholiken eine sinnvolle Hilfestellung zur Hand zu geben.

Fragen der sozialen Sicherung können nach Auffassung des Landeskomitees nicht durch "verstaatlichte Wohlfahrtsmodelle" gelöst werden. Andererseits muß der "Erwartungshorizont ... durch die Gesetzgebung und den Staat auf den Umfang zurückgeführt werden, der sich am Menschen orientiert." Eine Vorstellung vom Staat, der sich aus der sozialen Sicherung zurückzieht, um sich auf die Gestaltung der "Erwartungshorizonte" zu konzentrieren, dürfte für kaum einen Bürger im Jahre 1976 ein brauchbares Raster zur Beurteilung von Parteiprogrammen und Kandidaten abgeben. Und: Was ist ein Umfang des Erwartungshorizontes, der sich "am Menschen" orientiert? Was kann man mit einem solchen Kriterium etwa in der Gesundheitspolitik konkret anfangen, was in der Diskussion um den Paragraphen 218? Mit Leerformeln ist dem Bürger nicht geholfen.

Das Gefühl wird in der Erklärung des Landeskomitees reichlich bedacht. Da ist von "Krisenzeichen" die Rede, von "Wirtschaftspolitik, die nur der Wirtschaft dient und nicht dem Menschen", von einer "auf kurze Sicht und auf Gefälligkeit bedachten Politik", die kein Weg sei zur notwendigen Weiterentwicklung unseres Volkes. Das ist alles nicht unrichtig. In der Verschwommenheit der Darstellung muß jedoch - und soll wohl auch - der Leser den Eindruck gewinnen, daß hier eine Beschreibung der Politik der sozial-liberalen Koalition geliefert werde. Da kann man nur sagen: Wenn schon politische Attacken, dann bitte präzise.

Zur Diskussion über die Grundwerte in unserem Staat hat kürzlich die Katholische Akademie in Hamburg mit einer Vortragsreihe beachtliche Beiträge geleistet. Es ist das unbestrittene Recht der Kirchen, ja geradezu ihre Pflicht, die Grundwertediskussion mitzugestalten. Wenn aber diese Beiträge soweit verkümmern, daß gefragt wird, wie dem Grundsatz Rechnung getragen werden könne, "daß nicht die Gesellschaft, sondern die Eltern ihre Kinder erziehen," dann wird es uninteressant bis ärgerlich.

Die Parteien müssen sich den Fragen der Bürger fortlaufend und gerade in einem Wahlkampf stellen. Wo aber nicht präzise gefragt wird, wird man kaum sinnvolle Antworten erwarten können. Die bayerischen Katholiken sind von ihrem Landeskomitee im Stich gelassen worden. Eine Chance ist vertan. Die bayerischen Katholiken werden ihre Wahlentscheidung nach eigenem kritischen und nüchternem Urteil fällen.

(-42.7.1975/ve/e/pr)

CDU/CSU-Wahlbonbons für jedermann

Auch der Antrag zur Besteuerung von DDR-Lkw nur Theater

Von Lothar Wrede MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Verkehr

Die Reform der Kraftfahrzeugbesteuerung ist eine der offen gebliebenen Fragen der 7. Legislaturperiode des Bundestages. Die Bundesregierung hatte - wie bekannt - schon im November 1973 den Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes vorgelegt, auf dessen Grundlage eine sachgerechte Diskussion möglich war. Aber der Bundesrat sperrte sich, bestand doch die Gefahr, daß Millionen von PKW-Besitzern verärgert würden. Damit blieb auch auf der Strecke die notwendige Reform einiger Vorschriften zur Besteuerung von Lkw, im allgemeinen unter dem Begriff Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen zusammengefaßt.

Eine der damit ungelösten Fragen war die Besteuerung gebietsfremder Fahrzeuge, und zwar insbesondere der Lkw, die über die Grenze zur DDR in bundesdeutsches Gebiet einfahren, also DDR-Lkw und solche zumeist aus Staatshandelsländern. Dem nicht mit den Detailfragen Vertrauten mag dieser Tatbestand schwer verständlich erscheinen. Aber er stellt sich so dar: DDR-Lkw sind keine außerdeutschen Kraftfahrzeuge, für sie kann also an der Grenze keine Lkw-Steuer erhoben werden, und für andere über die Grenze zur DDR einfahrende Lkw fehlt den Grenzkontrollstellen die steuerliche Befugnis. Man sieht: Eine schwierige Materie, die nur eingebettet in weitere Überlegungen gelöst werden kann.

Seit Januar dieses Jahres verschärfte sich für das deutsche Güterverkehrsgewerbe die Situation insbesondere dadurch, daß die DDR ihre Straßenbenutzungsgebühren drastisch anhub. Überlegungen, im Vorgriff auf die Kraftfahrzeugsteuerreform das Problem vorab zu lösen, wurden von Regierung

und Koalition systematisch angestellt. Ihren Niederschlag fanden diese Überlegungen in der Verordnung zur Änderung der Kraftfahrzeugsteuer-Durchführungsverordnung, durch die es möglich wird, außerdeutsche Fahrzeuge zur Kraftfahrzeugsteuer heranzuziehen, wenn diese über die DDR in das Bundesgebiet einfahren.

Das zweite Teilproblem, die Besteuerung von DDR-Lkw, hatte die Bundesregierung noch ruhen lassen, weil zu seiner Lösung auch andere Wege zu prüfen sind. Im Übrigen muß man deutlich sehen, daß hier nicht nur ein verkehrspolitisches Problem einer Lösung harret, sondern daß man ohne Zweifel die Frage der Besteuerung von DDR-Lkw im Zusammenhang mit der innerdeutschen Problematik sehen muß.

Aber dies alles ficht - so scheint es - die Opposition nicht an. In der letzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor der Sommerpause, damit also zum Ende der Wahlperiode, legte sie einen Gesetzentwurf zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes vor, der die Heranziehung von DDR-Lkw zur Kraftfahrzeugsteuer zum Ziele haben soll. Nun muß man sich natürlich fragen, was eine solche Vorlage zu diesem Zeitpunkt soll. Fest steht, daß der Entwurf nicht einmal in den Ausschüssen beraten, geschweige denn vom Deutschen Bundestag verabschiedet werden kann. Nur Wahlkampfgeist hat diesen Antrag produziert, denn er nützt niemandem, außer vielleicht dem Antragsteller selbst, kann doch die Opposition dem Güterkraftverkehrsgewerbe gegenüber einen Schein-nachweis für ihre vermeintliche Aktivität vorweisen. Aber auch das Gewerbe kennt den parlamentarischen Ablauf und hat erkannt, daß eine Verabschiedung in ihrer Legislaturperiode tatsächlich unmöglich ist.

Bleibt nur die Feststellung: Wieder einmal hat die Opposition den Mund gespitzt, doch zum Pfeifen fehlt ihr die Luft.

(-/12.7.1976/mie/e/pr)

+ + +

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die CSU-Geheimakte Dr. Franz Heubl III

Beim Neujahrsempfang, den der bayer. Ministerpräsident für die Presse gab, buhlte H. in nahezu penetranter Weise um die Gunst der dort anwesenden MM-Redakteure, unter denen sich wiederum, gleichsam als Frère, wiederum jener besagte Jung-Redakteur befand, der, ab zwar Intimus des jetzigen stellv. Chefredakteurs Pucher, inzwischen zum WDR abgewandert ist. Das außerordentlich herzliche Verhältnis gerade zwischen H. und Pucher wurde allgemein registriert. Das Ergebnis solcher Harmonie ist nicht erst seit diesem Empfang zu verzeichnen, wenn man sich vor Augen führt, wie sehr Pucher im letzten Jahr bestrebt war, zwar Oppositionslinien noch nachzuzeichnen, dafür aber jedes Bekenntnis zur Politik und Persönlichkeit des Landesvorsitzenden zu vermeiden. Dem Informanten scheint es ziemlich sicher zu sein, daß sich nicht zuletzt aus solchen Kontakten des MM mit H. der zweispaltige Kurs der Zeitung insgesamt erklären läßt: ihr prinzipielles Ja zur Unionspolitik, garniert indessen mit vielen Wenn und Aber und ohne jedes unmißverständliche Bekenntnis zu F.J.S. Schlößleiger Beweis: Die Glasse in der Ausgabe des MM von Mittwoch, 26. Januar, und selbstverständlich aus der Feder von Pucher, die ein einziges Loblied auf H. darstellt. H.'s Kurs wird allerdings nicht allein dadurch belegt, sondern beispielsweise auch durch die verhältnismäßig rühmenden Worte, die Frau Hamm-Brücher in ihrer Landtagsrede am Dienstag über H.'s versachlichende Bemühungen im Bundesrat fallen ließ. Insgesamt ein vollkommenes Bild eines publizistisch vorbereiteten, politisch durchgeplanten Anschlags über Jahre hinweg und mit wachsendem Tempo.

VERTRAULICH

A k t e n n o t i z

Heubl hat um dieses Interview selbst gebeten und sich dafür den sehr unerfahrenen jungen Journalisten Dieter Schulze-Quest herausgesucht. Die Chefredaktion wußte nichts davon.

Heubl hat bereits am Freitag angerufen und nach seinem Interview gefragt.

Heubl hat am Samstag, sowohl mittags wie abends, angerufen, dabei Einzelheiten und Hintergründe seiner Wahl dargestellt. Er sei wider Erwarten mit Hilfe von der Landesgruppe gewählt worden, deshalb wolle er die Kritik an der Landesgruppe abschwächen, also von negativ auf positiv umwerten. Er wolle die Kritik, zu der er sich auf Rückfrage Horlachers ausdrücklich bekannte, lediglich abgeschwächt sehen.

Horlacher habe diesem Wunsch entsprochen, und der Redakteur vom Dienst habe noch mehr abgeschwächt. Das Ergebnis sei der gedruckte Text.

Er habe am Sonntagvormittag noch zweimal angerufen und dabei gefragt, ob man denn jetzt nicht mit der Kritik in seinem Artikel vorsichtiger tendieren solle, ob es nicht klug sei, mit diesen Reformvorschlägen, zu denen er sich nach wie vor bekenne, nicht so öffentlich hervorzutreten.

Den Teil des Horlacher Artikels über 'Reform und Jugend' billige er nicht, das übrige finde er sehr gut.

Auf diese Bemerkung hin hat Herr Horlacher ihm vorgehalten, daß das nicht der richtige Augenblick sei, seine Reformideen zu veröffentlichen. Horlacher habe auch keine Ahnung gehabt, daß er sogar noch seinen persönlichen Referenten in die Redaktion des 'Münchner Merkur' geschickt habe, weil er offen-

sichtlich Angst hatte, mit der Formulierung des Interviews eine Dummheit begangen zu haben.

Das ganze Gespräch sei im Tonband aufgenommen worden. Das Tonband sei noch vorhanden. Als Heubl auf die Landesgruppe zu sprechen gekommen sei, habe er gebeten, das Tonband abzuschalten. Der Redakteur habe jedoch auf Amtseid versichert, daß das, was er geschrieben habe (im übrigen mehrmals abgeschrieben), völlig der Wahrheit entspreche. Er sei bereit, das auf seinen Eid zu nehmen.

Heubl habe den großen Europäer, den Mann mit den großen Verbindungen im europäischen Wirtschaftsraum gespielt. Heubl habe sehr energisch gesagt, daß die alten Herren in der CSU jetzt abzutreten hätten. Er habe keine Namen genannt, es aber sehr deutlich gemacht, daß er deren Erbe antreten wolle.

19. Drei gleichlautende, enthüllende Zeitungsartikel von dem Journalisten Werner Neumann erschienen am 8.12.1971 unter der Überschrift "Der Stern von Strauß ist im Sinken" im a) Schwarzwälder Bote, b) Lübecker Nachrichten, c) Darmstädter Echo (siehe Anlagen). Der Journalist Werner Neumann wollte selbstverständlich denjenigen, von dem er diese Darstellung erhalten hatte, nicht benennen. Er war jedoch bereit, bei der Nennung von verschiedenen Namen, die hier in Betracht kommen konnten, entweder "Nein" oder "no comment" zu sagen. Bei der Nennung des Namens Arno Werner erklärte er "no comment". Arno Werner war ehemals der Persönliche Referent des jetzigen "Stern"-Chefredakteurs Henri Nannen und stand unter dem schweren Verdacht, nachrichtendienstlich für die falsche Seite zu arbeiten.

20. In diesem Zusammenhang paßt nahtlos der Artikel im Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt vom 5.12.71 von Klaus Altmann mit der Überschrift: "Wer rettet Franz Josef Strauß? Der starke Mann der CSU hat sich in der Kanzlerkandidaten-Frage selbst ausmanövriert." (Siehe Anlage) Die Beeinflussung bzw. Bestellung durch H.'s Pressereferenten Arno Werner ergibt sich besonders deutlich aus einem Vermerk, mit dem Klaus Altmann seinen Artikel Arno Werner übersandte. Der Text dieses Vermerks, dessen Original jederzeit vorgelegt werden kann, hat folgenden Wortlaut: "27.XII.71, Lieber Arno, anbei der veraprobete Artikel, sozusagen als Weihnachtsgeschenk für Heubl. Dir einen guten Rutsch und ein erfolgreiches Neues Jahr, Dein Klaus". (Siehe Anlage).

21. Mit Schreiben vom 14. März 72 übersandte Strauß die vorgenannten Artikel mit der Bemerkung, daß sie von bestimmter Seite mit Informationen und Anregungen verursacht worden seien, an H. (siehe Anlage), H. antwortete mit Schreiben vom selben Tage (siehe Anlage). H.'s Pressereferent, Arno Werner, von diesem auf den Vorgang angesprochen, schrieb an Strauß unter dem 6.4.72 den ebenfalls beigefügten Brief, in dem er bezeichnenderweise von dem Journalisten Rüdiger Altmann statt von dem Journalisten Klaus Altmann spricht und hier fälschlich nochmals den Redakteur Neumann erwähnt.

Bonn, den 14. März 1974

Herrn Staatsminister Dr. Franz Heubl
Bonn

Lieber Franz Heubl!

Deine beiden Briefe, davon den ersten mit Abdruck Deiner Leserzuschrift an 'Die Welt' habe ich erhalten.

Sicherlich entspricht es auch meiner Meinung, daß die im Zusammenhang mit diesen Vorgängen entstandenen Fragen in einem persönlichen Gespräch geklärt werden.

In der Beilage übersende ich Dir die Fotokopien von zwei Artikeln, deren ma-

12. Juli 1976

terieller Inhalt mir unverständlich ist, aber offensichtlich von bestimmter Seite mit Informationen und Anregungen verursacht worden ist.

Da ich von mehreren Seiten auf diese Artikel angesprochen worden bin (ich selbst konnte sie nicht, da ich diese Blätter nicht lese und auch nicht vorgelegt bekomme, wenn ich darin erwähnt bin), bitte ich Dich zur Vorbereitung eines klärenden Gesprächs um Stellungnahme.

Mit freundlichem Gruß
Dein

DER BAYERISCHE STAATSMINISTER FÜR BUNDESANGELEGENHEITEN

53 Bonn, den 14. März 1972

Herrn
Bundesminister a.D.
Dr.h.c. Franz Josef Strauß
5300 Bonn
Bundeshaus, Zi. 111/112 F

Lieber Franz !

Du hast mir mit Datum von heute die Ablichtung von zwei Zeitungsartikeln übersandt. Zur Klärung des Sachverhaltes und zur Vorbereitung des Gespräches, das wir wirklich führen sollten, darf ich Dir folgendes erklären:

1. Von beiden Artikeln war mir überhaupt nichts bekannt bis zum Februar dieses Jahres. Ich hatte sie weder gelesen, noch wußte ich um ihre Existenz, noch sind sie von mir direkt oder indirekt, mittelbar oder unmittelbar angeregt oder beeinflusst worden.

2. Da ich hörte, daß mein Pressereferent Werner angeblich hinter dem Artikel des Herrn Neumann in den Lübecker Nachrichten stehen sollte, habe ich ihn im Februar zu diesem Thema vernommen. Er erklärte mir, weder Herrn Neumann zu kennen, noch auf irgendeine Weise an dem Artikel beteiligt zu sein.

3. Letzte Woche wurde ich von Leo Wagner informiert, daß es eine Visitenkarte gäbe, auf die Herr Neumann handschriftliche Notizen gemacht hatte, die für Herrn Werner bestimmt gewesen wären, aber in Deinen Händen seien. Ich habe Herrn Werner mit diesem Sachverhalt konfrontiert, der nach wie vor bestreitet, mit Herrn Neumann oder den in Frage stehenden Artikeln irgendetwas zu tun zu haben. Herr Werner wollte sich dieserwegen mit Deinem Büro in Verbindung setzen, um eine Ablichtung der Visitenkarte des Herrn Neumann zu erhalten, damit er der Sache nachgehen kann.

Ich darf noch einmal zusammenfassend sagen, daß die Artikel in keiner Weise und zu keinem Zeitpunkt von mir inspiriert, angeregt oder gewünscht waren und daß ich mich auf die Äußerungen meines Pressereferenten verlassen mußte, zumal mir von der in Frage stehenden Visitenkarte nichts bekannt war.

Lieber Franz, ich hoffe sehr, damit zur Vorbereitung eines klärenden Gespräches beigetragen zu haben, eines Gespräches, das sowohl unseren persönlichen Beziehungen als auch unseren gemeinsamen politischen Anliegen von Nutzen ist.

Mit freundlichen Grüßen
Dein

(~/12.7.1976/vd/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller